

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

FIKO will Voranschlag 2009 kürzen

Solothurn, 24. November 2008 – Die Finanzkommission (FIKO) des Kantonsrates hat den Voranschlag 2009 im Differenzbereinigungsverfahren mit den Fachkommissionen bereinigt. Eine Verbesserung des Voranschlags um rund 5.3 Mio. Franken ist auf Einsparungen bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Spitäler AG zurückzuführen. Damit sind die im Frühling 2008 definierten Ziele der FIKO für den Voranschlag 2009 erreicht.

Unter dem Präsidium von Edith Hänggi, (CVP, Meltingen) hat die Kommission den Voranschlag 2009 an vier Sitzungstagen beraten. Der Ertragsüberschuss konnte von 55.5 auf 60.8 Mio. Franken gesteigert werden. Die Nettoinvestitionen betragen rund 127.3 Mio. Franken und der Selbstfinanzierungsgrad 112%. Mit elf Stimmen bei zwei Enthaltungen hat die Kommission den Voranschlag verabschiedet.

Sie schlägt dem Parlament zusammen mit der Justizkommission vor, das neue Globalbudgets der Polizei, mit Mehrausgaben von 23 Mio. Franken in drei Jahren, um jährlich eine Million Franken zu kürzen. In Übereinstimmung mit der Sozial- und Gesundheitskommission soll das Globalbudget der Solothurner Spitäler AG (soH) im Jahr 2009 um 2.7 Mio. Franken und in den beiden Folgejahren 2010 und 2011 um je 1.3 Mio. Franken gekürzt werden. Da das Inkrafttreten der Strafprozessordnung (StPO) verschoben wird und somit die Perso-

nalaufstockung erst nach und nach vollzogen werden muss, wurde das laufende Globalbudget der Staatsanwaltschaft für das Jahr 2009 um eine Million Franken gekürzt. Beim Justizvollzug wird das laufende Globalbudget um rund 350'000 Franken heruntergefahren. Auch in diesen beiden Punkten haben sich beide Kommissionen geeinigt. Zwar rechnet die Finanzkommission, dass sich die Finanzkrise im Jahr 2009 nur minimal auf den Staatshaushalt des Kantons Solothurn auswirken wird, doch in den folgenden Jahren wird auch der Kanton nicht verschont bleiben. Sorge bereitet der Kommission zudem die stetige Zunahme beim Personal in der Verwaltung.

In der Investitionsrechnung hat die Finanzkommission in Übereinstimmung mit der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission beim Mehrjahresprogramm Strassenbau 2009 bis 2012 den Verpflichtungskredit um zehn Millionen Franken (jährlich 2.5 Mio. Franken) auf 74.93 Mio. gekürzt. Mit dieser Massnahme nimmt die Verschuldung des Strassenbaufonds im Jahre 2009 um 1.72 Mio. Franken ab.

Auftrag überparteilich: Flexibilisierung der Altersgrenze

Kontrovers diskutiert wurde der überparteiliche Auftrag zur Flexibilisierung der Altersgrenze für die Angestellten der kantonalen Verwaltung. Die Kommission stimmte mit grossem Mehr dem Antrag des Regierungsrates zu. Gemäss diesem soll der Gesamtarbeitsvertrag der Staatsangestellten zusammen mit den Sozialpartnern in dem Sinne geändert werden, dass ein flexibler Altersrücktritt zwischen dem 58. und 67. Altersjahr möglich ist. Der ordentliche Altersrücktritt soll für Männer und Frauen, nicht wie heute mit 63½ Jahren, sondern mit Vollendung des 65. Altersjahres erfolgen.

Neuer Bahnhofplatz Solothurn

Im Weiteren stimmte sie der Bewilligung der Verpflichtungskredite für den neuen Bahnhofplatz in Solothurn einstimmig zu.

Neues Bürgerspital Solothurn

Von den Verantwortlichen der Solothurner Spitäler AG liess sich die Kommission über den Ist-Zustand im Bürgerspital Solothurn informieren und nahm vom Planungswettbewerb für einen Neubau Kenntnis. Sie konnte sich überzeugen, dass das Projekt „Oasis“ nicht nur aus gestalterischer Sicht, sondern auch betreffend Nutzen und Kosten als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgeht. Das letzte Wort wird das Volk haben, wenn es dem Kredit von 320 Millionen Franken zustimmen muss.